

OA-Update / 11, 27. August 2021

Osteuropa



In der Ukraine sorgt das Thema Gastransit und Energie weiter für Gesprächsstoff. Der Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Kiew, aber auch Gespräche, die Wirtschaftsminister Altmaier im Land führte, thematisierten dies. Verschiedene Ratingagenturen bescheinigen der Ukraine eine verbesserte Finanzlage . Das Land

profitiert dabei von IWF-Sonderziehungsrechten und gut nachgefragten Bonds. An der erstmals tagenden „Krim-Plattform“ nahmen Vertreter von rund 50 Staaten teil. Belarus sieht sich mit weiteren Sanktionen durch die USA und anderen westlichen Ländern konfrontiert und sucht nun verstärkt nach alternativen Transportwegen für Kali und andere Produkte, um Sanktionen zu umgehen. In Moldau wurden Preisobergrenzen für Mineralölprodukte auf den Weg gebracht und der nationale Zollkodex überarbeitet. Georgien sieht sich mit einer rasant steigenden Zahl von Corona-Neuinfektionen konfrontiert und hat Hygienemaßnahmen verschärft. Armenien und Aserbaidschan haben ihre Verhandlungen über die Wiederherstellung von Transportkorridoren unter Vermittlung Russlands in Moskau fortgesetzt.

Hier alle Themen in der Übersicht:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Termine**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Ukraine

Die Rating-Agentur „Fitch Ratings“ hat den Ausblick für das langfristige Fremdwährungs-Emittentenausfallrating der Ukraine von „neutral“ auf „positiv“ angehoben. Das generelle Rating wurde in der Kategorie „B“ belassen. **Grundlage seien makroökonomisch verbesserte Fundamentaldaten, ein gesicherter Zugang zu externer Finanzierung, die Beibehaltung der Wechselkursflexibilität und -stabilität und der fortgesetzte Verschuldungsabbau.** Die Agentur geht davon aus, dass das Verhältnis der Staatsschuld zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 auf rund 50 Prozent sinken wird. **Zudem böten die jüngsten Emission staatlicher internationaler Eurobonds in Höhe von insgesamt 1,75 Milliarden US-Dollar sowie die Zuteilung von Sonderziehungsrechten durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) in Höhe von 2,7 Milliarden US-Dollar weiteren Finanzierungsspielraum, um den Haushaltsbedarf im Jahr 2021 zu decken.** Analysten bewerten den Mittelzufluss positiv mit Blick auf die Tragfähigkeit des Haushalts. Gleichzeitig wird aber auch die Gefahr gesehen, dass vereinbarte Reformfortschritte nicht umgesetzt werden, was wiederum Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung birgt.

Der **Aufsichtsrat der Ukrainischen Eisenbahnen (RAILUA)** hat beschlossen, **den bisherigen Berater des Infrastrukturministers Oleksandr Kamyschin bis mindestens Ende 2021 zum neuen CEO zu ernennen.** Der bisherige CEO Iwan Juryk soll demnach als Finanzdirektor im Vorstand verbleiben. Hintergrund ist der Beschluss des Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, der „außerordentliche Maßnahmen zur Stabilisierung der Tätigkeit“ der ukrainischen Eisenbahnen empfahl. **Die Personalrochade wird durch Infrastrukturminister Oleksandr Kubrakow sowie durch die Vertreter der G7-Länder, der EBRD, der EIB und der Weltbank unterstützt.** Kubrakow erklärte, dass im Ministerium ein **Anti-Krisen-Stab eingerichtet werde, „um die für die ukrainische Eisenbahn wichtigen Entscheidungen zu kontrollieren“, während Kamyschin „zum Anti-Krisen-Manager“ ernannt werden solle.** Der Minister nannte vier Hauptaufgaben für die unmittelbare Zukunft. Darunter fallen die Anhebung der Frachttarife auf „Marktniveau“, die Sicherstellung des Stromeinkaufs durch das Unternehmen direkt vom Betreiber der ukrainischen Kernkraftwerke, die Gewinnung internationaler Investoren für den ukrainischen Markt sowie die Anschaffung neuer Züge und Lokomotiven. **Gegen höhere Tarife und die Modernisierung des Staatsunternehmens gab es Widerstand vor allem aus den Reihen großer privater Unternehmen.**

Die ukrainische Regierung plant die Senkung der Strompreise für private Haushalte mit einem Verbrauch von weniger als 250 kWh pro Monat. Ab Oktober sollen die Preise um 14 Prozent sinken. Derzeit beträgt der Tarif für alle Haushalte 1,68 UAH/kWh, während diejenigen, die weniger als 250 kWh verbrauchen, ab Oktober 1,44 UAH/kWh zahlen werden. Energieminister Herman Haluschenko erwartet, dass etwa 80 Prozent der Haushalte durch diese Initiative eine Strompreissenkung erfahren. Er erklärte, dass dies nach der Einführung eines neuen Systems von Gemeinwohlverpflichtungen auf dem Strommarkt möglich sein wird, an dem staatliche Unternehmen, die Strom aus Kernbrennstoffen und Wasser erzeugen (Energoatom und Ukrhydroenergo), teilnehmen werden. **Der Schritt wird von Beobachtern kritisch gesehen** und als Versuch gewertet, die Umfragewerte des Präsidenten zu verbessern. Zudem würde der neue Preis kaum die

Kosten für Stromübertragung und -verteilung an bestimmten Orten decken. Es wird erwartet, dass die Senkung der Tarife jährlich etwa zwei bis 2,5 Milliarden UAH (zwischen 65 – 80 Millionen Euro) kosten wird. **Die Kosten sollen durch die staatlichen Unternehmen Energoatom und Ukrhydroenergo getragen werden. Ob und inwieweit andere Akteure am Markt ebenfalls an der Finanzierung beteiligt werden, blieb zunächst unklar.**

Die Europäische Union erkennt seit dem 20. August 2021 die COVID-Impfbescheinigungen der Ukraine in der Dia-App offiziell an. Ukrainer mit den Zertifikaten in der Dia-App können nun ohne COVID-bedingte Einschränkungen in der gesamten EU reisen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich am 22. August 2021 zu politischen Gesprächen in Kiew aufgehalten. Gegenstand der Beratung waren unter anderem der **Status des Nord-Stream-2-Projektes sowie die Sicherung des Transits russischen Gases** durch das ukrainische Pipelinesystem. **In diesem Zusammenhang steht auch die Bestellung von Hans Georg Graf Waldersee zum Sonderbeauftragten der Bundesregierung für den Ukraine-Gastransit am 18. August 2021.** Laut Bundeswirtschaftsministerium soll der Sonderbeauftragte gegenüber Russland, der Ukraine, der Europäischen Kommission, den USA und möglichen anderen Drittländern vermitteln und beratend tätig werden. Ziel ist die Verlängerung des ukrainisch-russischen Gastransitvertrages. Der Sonderbeauftragte ist organisatorisch dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie angegliedert und wird eng mit dem Auswärtigen Amt zusammenarbeiten.

Am 23. August 2021 tagte in Kiew zum ersten Mal die Krim-Plattform mit Staats- und Regierungschefs sowie Ministern aus über 50 Ländern. Deutschland war durch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier vertreten, der am Rande der Konferenz Gespräche zur Vertiefung der deutsch-ukrainischen Energiepartnerschaft führte. **Die Krim-Plattform hat zum Ziel, die von Russland völkerrechtswidrig annektierte Halbinsel Krim langfristig wieder dem ukrainischen Staat einzugliedern. Ob und inwieweit die Initiative auch eine wirtschaftlich relevante Dimension erhalten wird, bleibt zunächst noch unklar.**

Belarus

Litauen hat angekündigt, den Transit von belarussischen Kalidüngemitteln ab Dezember 2021 einzustellen. Dies würde auch Kaliprodukte betreffen, die nicht unter das geltende EU-Sanktionsregime gegen Belarus fallen. **Der Chef der belarussischen Eisenbahn Wladimir Morosow betonte daraufhin, dass man zuversichtlich sei, die entsprechenden Transportkapazitäten über die russischen Häfen Murmansk oder im Gebiet St. Petersburg abwickeln zu können.** In diesem Zuge unterstrich Morosow, dass Belarus, Russland und Kasachstan eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet haben, um Quantität und Qualität für Transporte zwischen China und Europa zu erhöhen. In diesem Zuge sollen die Eisenbahnverwaltungen sowie die Zollbehörden und Grenzdienste verbessert zusammenarbeiten.

Die USA erhöhen mit einer Ausweitung ihres Sanktionsregimes gegen Belarus den Druck auf die Regierung in Minsk. Ein Jahr nach der umstrittenen Wiederwahl von Alexander Lukaschenko hat US-Präsident Joe Biden eine neue [Durchführungsverordnung](#) („executive

order“) unterzeichnet, die die Sanktionsmöglichkeiten grundsätzlich erweitert. Infolgedessen kündigte das US-Finanzministerium die bislang größte Sanktionsrunde der USA gegen Weißrussland an, darunter 23 Einzelpersonen und 21 Einrichtungen.

Die US-Sanktionen betreffen insbesondere:

- Belaruskali OAO, eines der größten staatlichen Unternehmen in Belarus und einer der weltweit größten Kaliproduzenten.
- Das belarussische Nationale Olympische Komitee.
- Prominente Geschäftsleute mit Nähe zum Regime und verbundene Unternehmen (z.B. Absolutbank).
- Weitere Unternehmen, die in den Sektoren Tabakwaren, Bau, Energie und Transport tätig sind.

Die US-Sanktionen gehen nunmehr in ihrer Gesamtheit deutlich über die EU-Belarus-Sanktionen hinaus. Hier der Überblick über alle US-Maßnahmen gegen Belarus: [Treasury Holds the Belarusian Regime to Account on Anniversary of Fraudulent Election | U.S. Department of the Treasury](#)

Hier finden Sie zum Vergleich die aktuell geltende Sanktionsliste gegen Personen und Institutionen/Unternehmen der Europäischen Union:

- Ursprungsbeschluss aus dem Dezember 2020: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L:2020:426I:FULL&from=EN>
- Erweiterung aus dem Juni 2021: [Publications Office \(europa.eu\)](#)

Kanada folgte mit einem ebenfalls erweiterten Sanktionspaket gegen Belarus dem US-amerikanischen Vorgehen: [Canada imposes additional sanctions on first anniversary of Belarus's fraudulent presidential elections - Canada.ca](#)

Großbritannien, das seit dem Brexit ein eigenes Sanktionssystem aufgebaut hat, verschärfte ebenfalls zum Jahrestag der Präsidentschaftswahlen seine Sanktionsmaßnahmen leicht: [UK imposes new package of sanctions on Belarus & designates 1 person - EU Sanctions \(europeansanctions.com\)](#)

Am 11. August erweiterte zudem die **Schweiz** ihren Katalog an Belarus-Sanktionen: [SR 946.231.116.9 - Verordnung vom 11. August 2021 über Massnahmen gegenüber Belarus \(admin.ch\)](#)

Mit Blick auf den anhaltenden Migrationsdruck auf die EU-Außengrenzen durch Belarus rechnen Beobachter damit, dass es nach der Sommerpause ebenfalls neue EU-Maßnahmen gegen das Land geben könnte. Es wird derzeit angenommen, dass die Regierung unter Alexander Lukaschenko gezielt Flüchtlinge aus dem Nahen Osten nach Belarus und dann weiter an die litauische Grenze lockt, um die EU unter Druck zu setzen.

Moldau

Am 24. August beschloss das Parlament der **Republik Moldau in letzter Lesung den Gesetzentwurf zum neuen Zollkodex**. Damit werden noch ausstehende Anpassungen im Rahmen des Assoziierungsabkommens zwischen der Republik Moldau und der Europäischen Union umgesetzt. **Mit den neuen Regelungen soll die Zollgesetzgebung systematisiert werden, die den derzeitigen Zollkodex, das Gesetz über den Zollltarif und das Gesetz über die Einführung und Entnahme von Vermögenswerten durch Privatpersonen aus der Republik Moldau umfasst. Die neuen Regelungen treten zum 1. Januar 2023 in Kraft.**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Haushalt und Finanzen des Parlaments der Republik Moldau hat in seiner Sitzung am 12. August 2021 Änderungen in der bestehenden Gesetzgebung zur Preisbildung für Erdölzeugnisse angenommen. Preise für wichtige Produkte im Einzelhandelsverkauf können nun durch staatliche Anordnung gedeckelt werden. Zuständig soll die Nationale Agentur für Energieregulierung (ANRE) sein. Maximalpreise für Benzin und Diesel sollen täglich berechnet und auf der Website der ANRE veröffentlicht werden. Andere Erdölzeugnisse dürfen künftig nur an derselben Tankstelle verkauft werden, die auch die genannten Standardprodukte verkauft. Die ANRE darf darüber hinaus im Falle von Sondersituationen in die Preisbildung eingreifen.

Südkaucasus

Die **Corona-Lage in Georgien hat sich in den vergangenen drei Wochen stark verschärft. Das Land weist eine Inzidenz von über 800 Neuinfektionen auf 100.000 Einwohner bei einer Impfquote doppelt geimpfter Personen zwischen zwei und drei Prozent auf.** Vor diesem Hintergrund hat die Regierung das öffentliche Leben wieder eingeschränkt und die Durchführung öffentlicher Veranstaltungen begrenzt sowie eine Maskenpflicht auch im öffentlichen Raum angeordnet und den Öffentlichen Personennahverkehr ab dem 14. August bis mindestens 4. September 2021 wieder eingeschränkt. Ein Lockdown wie zum Beginn der Pandemie sei nach Auskunft der Behörden jedoch nicht geplant.

Die Europäische Union (EU) hat die Ausfuhrverfahren für georgische Haselnüsse vereinfacht. Hintergrund sind verlässliche und wirksame Verfahren der staatlichen Kontrollpolitik und Zertifizierung. **Damit wird ab Anfang August die Kontrollhäufigkeit reduziert.** Nach Angaben des georgischen Landwirtschaftsministeriums **exportierte Georgien im vergangenen Jahr 18.000 Tonnen Haselnüsse ins Ausland, was einer Steigerung von 34 Prozent gegenüber 2019 entspricht.** Allein in die EU hat Georgien im vergangenen Jahr 12.900 Tonnen Haselnüsse exportiert, 59 Prozent mehr als 2019. Haselnüsse sind damit ein zentrales Agrarexportgut des Landes und machen 44 Prozent der georgischen Agrar- und Lebensmittelexporte in die EU aus, gefolgt von Wein (15 Prozent) und Mineralwasser (15 Prozent).

Die **armenische Regierung** stellte Mitte August ihr **neues Regierungsprogramm vor**. Im Zeitraum von 2021 bis 2026 **plane man mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von sieben Prozent**, wie Premierminister Nikol Pashinyan bei

der Vorstellung ankündigte. **Weitere Ziele für die nächsten fünf Jahre sind unter anderem die Senkung der Arbeitslosenquote auf zehn Prozent und die Bekämpfung der extremen Armut.** Die Mindest- und Durchschnittsrenten sollen jeweils im Gleichschritt mit der Inflation steigen und der Mindestlohn auf 85.000 Dram (aktuell knapp 150 Euro) festgelegt werden.

Unter Vermittlung Russlands **tagte am 17. August 2021 eine trilaterale Arbeitsgruppe**, die von den Präsidenten Aserbaidshans und Russlands sowie dem armenischen Premierminister eingesetzt wurde, **um die praktischen Modalitäten für die Wiederherstellung der Verkehrsverbindungen zwischen Armenien und Aserbaidshan auszuarbeiten.** Die Arbeitsgruppe steht unter dem Vorsitz der jeweilig zuständigen Vize-Minister.

Mit 65 zu 18 Stimmen hat das armenische Parlament die zusätzliche Freigabe von Wasser aus dem größten See des Landes, dem Sewansee, für Bewässerungszwecke genehmigt. Bisher durften 170 Millionen Kubikmeter Wasser für Bewässerungszwecke aus dem See gepumpt werden. Diese Menge soll in diesem Jahr auf 245 Millionen Kubikmeter erhöht werden. Nach Angaben der Regierung soll die zusätzliche Wasserabgabe dazu dienen, das durch Dürren verursachte Defizit an Bewässerungswasser teilweise auszugleichen. Die Opposition kritisierte die Anhebung der Entnahmegrenze.

Die **aserbaidshansische** Agentur für Lebensmittelsicherheit hat die Einfuhr von Geflügelprodukten aus dem russischen Fleischverarbeitungsbetrieb „Nevinomyssky“, Stavropol Broiler LLC, vorübergehend eingeschränkt. Grund für die Einschränkung seien mikrobiologische Indikatoren in Proben, die den zulässigen Wert überschritten, wie die Agentur mitteilte.

Das dem aserbaidshansischen Wirtschaftsministerium unterstehende staatliche Komitee für Eigentumsfragen wird am **21. September 2021 eine neue Auktion für staatliche Immobilien durchführen.** Insgesamt werden **49 staatliche Immobilien, darunter 17 kleine staatliche Unternehmen und Nichtwohngebäude sowie 32 Fahrzeuge versteigert.** Eine Teilnahme an der Auktion ist online über www.emlak.gov.az oder auf dem Privatisierungsportal www.privatization.az möglich. Am Tag der Auktion kann unter der Rubrik „Elektronische Auktion“ auf dem Portal für elektronische Dienstleistungen www.e-emdk.gov.az mitgeboten werden.

Aserbaidshan arbeitet an der Weiterentwicklung einer nationalen Antivirensoftware, wie der staatliche Dienst für besondere Kommunikations- und Informationssicherheit, das Computer Emergency Response Team (CERT) von Aserbaidshan mitteilt. Das CERT gab ebenfalls bekannt, dass auch Bedingungen für die Lizenzierung von Antivirussoftware definiert wurden und das Verfahren im Land starten kann.

Im Rahmen der **Jahrespressekonferenz des Ost-Ausschusses** am 25. August präsentierte der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes **sechs Kernforderungen** an die künftige Bundesregierung. Dazu zählt der Aufbau von Klimapartnerschaften mit Nicht-EU-Ländern wie der Ukraine und eine verstärkte Anbindung der Länder der Östlichen Partnerschaft an die EU. Vorgestellt wurden zudem die **Halbjahreszahlen 2021 für den deutschen Handel** mit den 29 Ost-Ausschuss-Ländern. Die Ergebnisse für die Länder der Regionaldirektion Osteuropa stellen sich sehr gemischt dar: Während der Handel mit der Ukraine um erfreuliche 19 Prozent zulegen, lag das Plus im Handel mit Belarus mit zwölf Prozent deutlich unter dem allgemeinen Trend. Sehr schwach fielen die Handelsergebnisse mit den Ländern des südlichen Kaukasus aus. Die Pressemitteilung und alle Unterlagen zur Pressekonferenz, darunter auch die Handelstabelle finden Sie auf der [Internetseite](#) des Ost-Ausschusses.

Ukraine: Die ukrainische Inflationsrate stieg im Juli 2021 auf einen Dreijahreshöchststand und betrug 10,2 Prozent (9,5 Prozent im Juni), berichtete der Staatliche Statistikdienst am 9. August. Die Preise für Lebensmittelpreise gingen leicht zurück, während der anhaltende Anstieg der Preise unter anderem für Transport- und Wohndienstleistungen zu Buche schlug. Es wird erwartet, dass die Nationalbank auf ihrer nächsten Sitzung am 8. September den Leitzins um 0,5 Prozent auf 8,5 Prozent anheben wird. Die Experten des Analysehauses Concorde Capital erwarten für das Jahr 2021 eine Verbraucherinflation von 9,5 Prozent (gegenüber fünf Prozent im Jahr 2020).

Nach Angaben des Ukrainischen Statistikkomitees UkrStat wird das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) im zweiten Quartal 2021 um 5,4 Prozent zulegen. Im ersten Quartal 2021 war es noch um 2,2 Prozent gesunken. Die Experten von Concorde Capital gehen von einem Wachstum im Gesamtjahr 2021 von 4,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr aus, . gegenüber einem Rückgang von vier Prozent 2020). Grundlage für den positiven Ausblick ist unter anderem die Erwartung einer Rekord-Getreideernte.

Belarus: Im Zeitraum von Januar bis Juli 2021 ist das **Bruttoinlandsprodukt** im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,3 Prozent gestiegen, wie das Nationale Statistische Komitee mitteilte.

Georgien: Georgien **exportierte** von Januar bis Juli 2021 lokal produzierte **Waren** im Wert von 2,27 Milliarden US-Dollar, was einem Anstieg von 27,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht, teilt das Nationale Statistikamt Georgiens (Geostat) mit. Davon waren 73,1 Prozent Waren, die in Georgien hergestellt oder zusätzliche wesentliche Wertschöpfung in Georgien erfahren haben. Die wichtigsten Handelspartner waren China (352,2 Millionen US-Dollar), Russland (293,9 Millionen US-Dollar) und die Türkei (180,1 Millionen US-Dollar). Wichtigstes Exportgut waren Kupfererze und -konzentrate mit einem Exportwert von 465,9 Millionen US-Dollar oder 28 Prozent Anteil an den Gesamtexporten.

Aserbaidshjan: Aserbaidshjan steigerte die **Gasproduktion und -ausfuhr**, während die **Ölproduktion** und -ausfuhr im Zeitraum von Januar bis Juli 2021 zurückging, berichtete

das Energieministerium am 24. August. Von Januar bis Juli 2021 produzierte Aserbaidschan 24,1 Milliarden Kubikmeter Gas, das sind 1,7 Milliarden Kubikmeter oder 7,8 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Gasexport des Landes stieg im Vergleich zum Vorjahr um 35 Prozent und erreichte im Zeitraum Januar - Juli 2021 10,4 Milliarden Kubikmeter. Im Berichtszeitraum wurden rund 5,2 Milliarden Kubikmeter Gas in die Türkei, vier Milliarden Kubikmeter nach Europa und 1,1 Milliarden Kubikmeter nach Georgien exportiert. Etwa 58,4 Millionen Kubikmeter Gas wurden in diesem Zeitraum in das Pipelinesystem Baku-Tiflis-Ceyhan eingespeist und mehr als 3,2 Milliarden Kubikmeter Gas über die TANAP-Pipeline in die Türkei transportiert.

Projekte

Germany Trade and Invest (GTAI) veröffentlicht regelmäßig aktualisierte internationale **Ausschreibungen** für Beschaffung und Projekte auf seiner [Website](#).

Termine

Die Regionaldirektion arbeitet weiter an Onlineformaten, um Ihnen auch in Corona-Zeiten fortlaufend die Möglichkeit zur Information und Vernetzung zu bieten. Präsenzveranstaltungen planen wir, soweit es die Pandemielage zulässt.

- **30. August 2021 - Roundtable Wasserstoff Ukraine** – auf persönliche Einladung
- **6. September: The future of Renewable Energies, Hydrogen and Decarbonization in Ukraine** - Current developments and future business opportunities – Anmeldung auf www.ost-ausschuss.de
- **14. – 16. September: Delegationsreise nach Armenien und Georgien** - verschoben auf voraussichtlich Kalenderwoche 48
- **29. September: Ukraine-Format im Rahmen der Luft- und Raumfahrttage NRW: 15.-TddLRR Einladung.pdf (aerospace.nrw)**
- **11. – 14. Oktober: Unternehmerreise „Nachhaltige Wasser- und Abwasserwirtschaft in Aserbaidschan“**. Anmeldungen auf den Seiten der AHK Aserbaidschan: [Unternehmerreise "Nachhaltige Wasser- und Abwasserwirtschaft in Aserbaidschan" \(ahk.de\)](#)

Tipps & Links

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine „**Kontaktstelle zur Sicherstellung in den Lieferketten**“ eingerichtet. Ziel ist es, dass die Herstellung und Lieferung benötigter Zuliefererprodukte reibungslos funktioniert. Unternehmen können sich bei Problemen im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten an die E-Mail-Adresse kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de wenden.

Ein **aktuelles Ranking zur Entwicklung der Corona-Lage** in allen Ost-Ausschuss-Ländern mit den Veränderungen der Infektionslage zur Vorwoche und dem prozentualen Anteil der Infizierten an der Bevölkerung finden Sie [hier](#) auf der Internetseite des Ost-Ausschusses (siehe Tabelle als pdf-Download am Ende der Übersicht).

Unter folgenden Links finden Sie **aktuelle Informationen bezüglich der Corona-Lage in den einzelnen Ländern der Region**:

Armenien: <https://www.gov.am/en/commandant-decisions/>

Aserbaidshon: <https://nk.gov.az/en/category/10/>

Belarus: <http://stopcovid.belta.by/> / <http://covidconomy.by/policy> (jeweils Russisch)

Georgien: <https://stopcov.ge/en>

Ukraine: <https://covid19.gov.ua/en/>

Weiterhin können Sie sich zu den **aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus** inklusive der geltenden Ein- und Ausreisebestimmungen auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in Armenien:
<https://eriwan.diplo.de/am-de>
- Deutsche Botschaft in Aserbaidshon
<https://baku.diplo.de/>
- Deutsche Botschaft in Belarus
<https://minsk.diplo.de/by-de>
- Deutsche Botschaft in Georgien
<https://tiflis.diplo.de/ge-de>
- Deutsche Botschaft in der Ukraine
<https://kiew.diplo.de/ua-de>

Traditionell ist im Sommer wieder das umfangreiche **Mittel- und Osteuropa-Jahrbuch 2021** des Ost-Ausschusses erschienen. Es wird in Kooperation mit dem OWC-Verlag für Außenwirtschaft erstellt. Das Jahrbuch enthält auf rund 200 Seiten einen Überblick über die wichtigsten wirtschaftlichen Entwicklungen in unseren 29 Partnerländern und dokumentiert die Veranstaltungen und Projekte des Ost-Ausschusses in den

zurückliegenden zwölf Monaten. Für eine kostenlose Zusendung (Printversion) des Jahrbuchs wenden Sie sich bitte an m.stender@oa-ev.de

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen +++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in 29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft!

Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier. Für alle Ihre Fragen wenden Sie sich gerne an: **Cristina Zelenac**, C.Zelenac@oa-ev.de,
Tel.: +49 30 206 167 121.

Weitere **Informationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [Linkedin](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).

Kontakt

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Ukraine, Republik Moldau) wenden Sie sich gerne an:



Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-113

Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: s.kaegebein@oa-ev.de



Sarah Guhde

Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: S.Guhde@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: +49 (0)30 206167-120
E-Mail: A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)